

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonten: Sächsische Staatsbank, Dresden, Bank d. Arbeiter, Angestellten u. Beamten, A.G., Dresden, Gebrüder Arnold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Eilungen inverteilerter Art, bei zu hoch über ohne Einfluss höherer Gewalt, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung seinen Vorbehalt auf Nachbesserung des Druckverfahrens oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abdruck mit der künftigen Unterhaltungsbeilage „Reben, Garten, Haus“ sowie der illustrierten Wochenbeilage „Der Sonntag“ monatlich 2,40 M., einzeln 45 Pf. (Erstausgabe, 1. Ausgabe „Sonntag“ 2 M., einzeln 35 Pf. (Erstausgabe) Vorkosten nur mit „Sonntag“ 1,95 M., auswärts Post- und Anfertigungsgebühren.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Herrnhuter Nr. 25 261, Dresden-Linné, nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Verlagsdirektor: Wettinerplatz 10, Herrnhuter Nr. 25 261 u. 12 707, Dresden
Verlagsredaktion: Wettinerplatz 10, Dresden
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Kopfszeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamszeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2,50 M., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietzeilen 20 Pf. netto, für Briefnachlieferung, 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 35

Dresden, Freitag, den 10. Februar 1933

44. Jahrgang

Hungerriemen enger!

Zollerhöhungen für Fleisch und Schmalz - Schwere Belastung der Allerärmsten Kein Nutzen für die Bauern

Arbeitslosigkeit steigt Wieder 76 000 Arbeitslose mehr

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen wird für Ende Januar mit 6014 000 (im Vorjahr 6 042 000) angegeben. In der zweiten Januarhälfte hat sich die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen im Vergleich zum Vormonat um 76 000 erhöht.

Für die Unterhaltungsleistungen des Reichs und der Reichsanstalt hat sich die wachsende Belastung des Arbeitsmarktes jetzt, nach Ablauf der Winterzeiten, ausgewirkt. In der Arbeitslosenversicherung wurden Ende Januar rund 33 000 (Zunahme rund 85 000), in der Arbeitslosenversicherung 419 000 (Zunahme rund 71 000) Hauptunterstützungsbefugte gezählt. Damit wurden insgesamt 2 372 000 Arbeitslose - also wieder rund die Hälfte der Unterstützten - von der Reichsanstalt unterstützt. Die Zahl der anerkannten Arbeitslosen belief sich Ende Januar auf rund 2 27 000. Im freiwilligen Arbeitsdienst wurden Ende Januar etwa 175 000 Dienstwillige beschäftigt.

Protest des Zentrums

D. Berlin, 10. Februar. (Eigener Funk.) Die Zentrumspartei erhebt in einer Erklärung scharfen Einspruch gegen die neue Exekution der Reichsmacht über Preußen. Diese Exekution sei verfassungswidrig, und der Beschluß auf Auflösung des Preussischen Landtags müsse als unwirksam bezeichnet werden.

Bayern will sich wehren

D. Berlin, 10. Februar. (Eig. Funkdruck.) Ein Berliner Morgenblatt meldet aus privater Quelle, daß man in Bayern nunmehr ernsthaft daran denke, das Amt eines Staatspräsidenten einzurichten. Man hoffe auf diese Weise am besten gegen die verfassungswidrigen Experimente der Regierungen im Reich gewappnet zu sein.

Papier!



Nichts als Papier!

Hitler redet - Hugenberg regiert

Die von der Hitler-Regierung beschlossenen erhöhten Zölle sollen bereits am 15. Februar in Kraft treten. Erhöht wird, immer pro Doppelzentner, der Zoll für Rindfleisch von 27 M., auf 30 M., für Zerkle von 22,50 M., auf 25 M., für Schweine von 36 M., auf 40 M., für Fleisch von 40 M., auf 45 M., für zubereitetes Fleisch von 60 M., auf 65 M., für tafelfertiges Fleisch von 120 M., auf 130 M., und für Schmalz von 12,50 M., auf 15 M.

Endlich hat die Hitler-Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet einen Beschluß gefaßt. Er hilft nicht den Arbeitslosen, Rentnern und Kriegsbeschädigten, die am hilflossten sind. Er verstaatlicht auch nicht die Banken und schafft auch die Zinsknock-out nicht ab. Was er bringt, sind Zollerhöhungen, die eine Preissteigerung und damit eine weitere Beeinträchtigung der Kaufkraft breiterer Volksschichten zur Folge haben müssen.

Die erste wirtschaftliche Maßnahme der Hitler-Regierung ist charakteristisch für den Wirtschaftskurs, den die neuen Machthaber zu heuern gedenken. Er vertritt die Forderung des Kapitalisten Hugenberg. Aber er zeigt auch, daß das große Rettungsprogramm und Wunderrat, auf das uns die Nationalsozialisten jahrelang in allen Versammlungen vertrieben haben, überhaupt nicht besteht. Jetzt sind sie an der Macht, jetzt können sie zeigen, was sie können, und schon zeigt sich, daß sie gar nichts können.

Die oft verheißene grundsätzliche Wendung in der Wirtschaftspolitik offenbart sich darin, daß der alte kapitalistische Kurs mit seinen katastrophalen Rückwirkungen auf die Lebensweise der Arbeiterschaft weitergefahren wird.

Hitler ist zwar „an der Macht“, aber Hugenberg und seine kapitalistischen Hintermänner regieren. Während sie bestimmen, hält der Führer Reden, wird die Politik der Schraube ohne Ende weitergeführt, als wäre nicht der „nationale Sozialist“ Hitler, sondern Papen Reichskanzler.

Nimmer wieder hat man in den letzten Jahren, seit die Sozialdemokratie nicht mehr in der Regierung saß, durch Gehalts- und Lohnkürzungen

die Kaufkraft der Bevölkerung gedrosselt. Verringerter Absatz an landwirtschaftlichen Artikeln und Preisrückgang waren die Folge. Man hat zugleich durch Zölle, Getreidekontingente usw. die Futtermittel verteuert und die Rentabilität der bäuerlichen Betriebe, die auf Verkauf von Getreide und auf Verkauf von Vieh, Futter, Milch, Käse usw. angewiesen sind, gefährdet und vernichtet. Jetzt erhöht man die Zölle für die Einfuhr von Vieh, Fleisch, Schmalz usw. Der Sinn einer solchen Zollerhöhung ist und bleibt eine Preissteigerung im Lande. Tritt sie ein, dann können die Millionen Arbeiter und Angestellten, deren Kaufkraft schon jetzt nur noch für den Einkauf von Kartoffeln und minderwertigen Nahrungsmitteln langt, noch weniger kaufen als bisher. Der Preisdruck muß sich also verstärken.

Der Bedarf Deutschlands an Fleisch wird schon seit langem fast völlig aus der heimischen Produktion gedeckt. Der wichtigste Posten in der Vieheinfuhr ist die Einfuhr von Rindern. Sie machte im verfloffenen Jahre 11 Millionen Mark aus, also, gemessen an dem deutschen Verbrauch, eine geringfügige Summe, die kaum ins Gewicht fällt. Infolgedessen wird die Landwirtschaft von den höheren Viehzöllen, die die Regierung jetzt verordnet hat, nichts haben. Trotzdem leidet man sich das Bedauern, die Länder, wie Dänemark und Schweden, die bisher Rindvieh nach Deutschland exportierten, vor den Kopf zu stoßen. Man verärgert sie, obwohl sie gute Abnehmer deutscher Industriewaren sind.

Eine besondere Bedeutung kommt der Erhöhung des Schmalzollens von 12,50 M. auf 15 M. pro Doppelzentner zu. Unter der Voraussetzung, daß sich dieser Zoll voll auswirkt, bedeutet er

eine Verteuerung des Fleisches für Auslandschmalz um rund 20 Pf. pro Pfund.

Dabei ist die Erhöhung des Schmalzollens sinnlos. Vor allem kann durch die Zollsteigerung der Preis für Schmalz, das in Deutschland selbst erzeugt wird, nicht erhöht werden, da der Preis für Auslandschmalz weit über dem Preis von Auslandschmalz liegt. Eine Verteuerung des Auslandschmalzes aber werden die Konsumenten damit beantworten, daß sie zu der billigeren Margarine abwandern. Es werden niemals zum Verbrauch von deutschem Inlandschmalz über-

Die Gemeinheit der Hitler-Abgeordneten

Feststellung des Abg. Löbe - Erneute Einberufung des Heberwachungsausschusses

S. Der Vorsitzende des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volkswirtschaft (Heberwachungsausschuss), Abgeordneter Löbe, hat an den Reichstagspräsidenten Göring wegen der Vorkommnisse in der letzten Sitzung des Heberwachungsausschusses ein neues Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Für Ihre Bereitwilligkeit zu einer Vermittlung anlässlich der Zwischenfälle im ersten Auschuß bin ich Ihnen dankbar, eine direkte Auseinandersetzung mit Herrn Abg. Dr. Franz, wie Sie Sie in Anbetracht bringen, erscheint mir nach dem Inhalt dieses Herrn unmöglich.“

Sie werden sich in dem amtlichen Protokoll überzeugen, daß die Herren der Nationalsozialistischen Partei wie „Judennacht“ und „Landesverrat“ beschimpft, daß Herr Dr. Franz in seinem Brief selbst wieder mit Bezug auf mich als dem „marxistischen Verleumder“ spricht, und die Mitglieder aller Parteien im Ausschuss sowie die dort anwesenden Reichstagsbeamten werden Ihnen bestätigen können, daß noch viel rohere Juris, wie „frecher Kerl“, „Schwein“ und dergleichen, erfolgt sind. Auch alle sind die Beschimpfungen, die gegen mich gerichtet wurden, so schwer wie der Ausbruch, der mir in völlig entstellter Form aus einer Wählerverammlung angelassen wird. Unter diesen Umständen hätten sich die Herren wohl bei mir zu entschuldigen, aber nicht bei Ihnen.“

Ich habe nunmehr die Sitzung des Ausschusses auf Dienstag, den 14. Februar, mittags 12 Uhr, angesetzt, da die Mitglieder anderer Parteien gebeten hatten, wegen ihrer Wiederberufung nicht früher einzuberufen. Für diese Sitzung wiederhole ich mein Entschlossen, da Herr Dr. Franz abermals angeklagt hat, daß er diese unmöglich machen will, solange ein marxistischer Verleumder den Vorsitz führt. Vielleicht überzeugen Sie sich durch Ihre Anwesenheit selbst davon, mit welchen Mitteln das Herbeigeführt werden soll. In der letzten Sitzung haben meine Fraktionsmitglieder jedenfalls verhindert, daß über den eigenen Antrag des Herrn Dr. Franz, der einen Wechsel des Vorsitzenden zum Ziele hatte, beraten oder abgestimmt wurde.“

Bresseln gegen Zentrum

N. Oldenburg, 10. Februar. (Eig. Funkdr.) Das oldenburgische Innenministerium hat das oldenburgische Zentrum, organ auf die Dauer von sechs Tagen verboten. Das Verbot erfolgte wegen Verdrößerung des Wahlauszuges der oldenburgischen Zentrumspartei, in dem Herr Hitler angeblich „verdrößerlich gemacht“ worden sei.